

# Stellungnahme zum Haushalt 2020



Gemeinderatsfraktion Schwäbisch Gmünd

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,  
meine sehr geehrten Damen und Herren,

willkommen in der schönen neuen Welt des neuen kommunalen Haushaltsrechts.

Schwäbisch Gmünd hat bis zum letzten Moment mit der Einführung gewartet. Das gilt es nicht mehr zu bewerten. Aber jetzt noch über die Doppik zu jammern ist fehl am Platz. Sie, Herr Oberbürgermeister haben gesagt, dass das NKHR „per ordre de mufti“ eingeführt werde. Bitte Vorsicht: Der Landtag, der das entsprechende Gesetz beschlossen hat, ist die demokratisch gewählte Vertretung der Bürgerinnen und Bürger Baden-Württembergs. Mit Ihrer Aussage begeben Sie sich in das Fahrwasser, das Sie selbst zu Recht verurteilen, nämlich den schwindenden Respekt vor demokratischen Institutionen und den Menschen im öffentlichen Dienst.

Wir begrüßen es, dass auch Schwäbisch Gmünd jetzt endlich im Haushalt darstellt, was wir seit Jahren anmahnen. Wir haben immer wieder darauf hingewiesen, dass wir von der Substanz leben und dass unsere Rücklagen vervespert werden. Nun zeigt es die Aufstellung des Haushalts auch in Zahlen: Wir schaffen es nicht, den Wertverlust unseres Vermögens, unserer Infrastruktur, der Schulen, Kindergärten, Fahrzeuge, etc. etc. durch unsere Einnahmen auszugleichen. Und das geht seit Jahren so. Nur, dass die Haushalte durch Rücklagen und nicht realisierte Projekte immer ausgeglichen werden konnten.

Nun müssen also Abschreibungen erwirtschaftet werden, um den Wert- und Substanzverlust näherungsweise darzustellen. Eine Schätzung liegt immerhin vor: 11 Mio. Euro im Jahr.

Mit der Bewertung des städtischen Vermögens hätte man auch früher beginnen können. Bereits im Jahr 2017 haben wir beantragt, dass der Straßen- und Radwegezustand durch eine Befahrung mit einem Messfahrzeug erfasst wird. Damals hat die Verwaltung zugesagt eine Aufbereitung des Themas den Gremien vorzulegen. Leider ist daraus wohl nichts geworden, sonst hätten wir jetzt eine Basis und eine Einschätzung, was in den vergangenen Jahrzehnten an Wert verloren gegangen ist. Wir erneuern daher unseren Antrag auch im Sinne einer realistischen Bewertung unserer Straßen.

## **Zum Haushalt**

Lassen Sie mich zunächst kurz bei dem in der Haushaltseinbringung erweckten Eindruck bleiben, dass die Kommunen im Regen stehen gelassen werden. Das stimmt so nicht. Ein paar Beispiele: Die Mittel, die das Land zur Verfügung stellt für den Breitbandausbau – neben den Bundesmitteln – bleiben auf einem hohen Niveau. Die Gemeindeverkehrsfinanzierung wird weiter erhöht, der kommunale Investitionsfonds steigt an und enthält ein neues Programm zur Schulsanierung. Das Landeswohnraumprogramm steigt auf das höchste Volumen in der Landesgeschichte. Die kommunale Schulsozialarbeit wird weiter mit rund 30 Mio. € gefördert. Auch bei der Beteiligung des Landes an der Anschlussunterbringung Geflüchteter gab es eine Einigung mit den Kommunen. Das sind nur Beispiele, aber sie sprechen dafür, dass in der

Auseinandersetzung um Subsidiarität und Konnexität die Mühlen vielleicht manchmal langsam mahlen, aber sie mahlen offensichtlich.

Trotzdem sind wir mit unserem Haushalt am Ende der Fahnenstange angekommen. Dazu kommt der deutliche Rückgang der Gewerbesteuereinnahmen. Und nun droht auch noch eine Krise bei vielen privaten Haushalten durch die unselige Ankündigung von Bosch AS zum Stellenabbau. Wir glauben mittlerweile nicht mehr an die Verantwortung dieses Unternehmens für den Standort Schwäbisch Gmünd.

Welche Rezepte für die strukturelle Verbesserung des Haushalts waren schon in den vergangenen Jahren und sind jetzt angezeigt?

Zum einen die Erhöhung der Einnahmen.

Also mehr Einwohner für mehr Zuweisungen? Im Durchschnitt kann die Stadtkasse pro zusätzlichem Einwohner mit knapp 1.300 € Finanzzuweisung rechnen. Bei prognostizierten 200 zusätzlichen Einwohnern im Jahr sind dies gut 250.000 Euro. Allein der Anstieg der Personalkosten von 2019 auf 2020 um 3,1 Mio. Euro liegt um ein Vielfaches darüber. Als Strategie zur Rettung des Haushalts reicht das also bei weitem nicht.

Sie Herr Bantel und das Regierungspräsidium haben das Thema Grundsteueranhebung angesprochen. Der Vorschlag der Verwaltung ist, den Hebesatz im Jahr 2022 um 40 Punkte zu erhöhen. Das RP hätte die Erhöhung bereits zum Jahr 2020 erwartet. Da die Bescheide für das Jahr 2020 bereits ergangen sind und eine Nachforderung sicher für Unverständnis sorgen würde, können wir mittragen, dass es für 2020 bei den Hebesätzen von 340 bzw. 430 Prozent bleibt. Die Lage unseres Haushalts ist jedoch auch den Leistungen geschuldet, von denen alle Bürger profitieren. Daher müssen auch alle Bürger in die Pflicht genommen werden, die Leistungsfähigkeit der städtischen Verwaltung zu erhalten. Wir beantragen deshalb die Grundsteuer A bereits im kommenden Jahr um 20 Punkte und die Grundsteuer B um 30 Punkte zu erhöhen. Im Jahr 2022 soll dann ein weiterer Schritt um weitere 20 Punkte auf dann 480 Prozent bei der Grundsteuer B folgen.

Unsere Frage war immer: Wie sieht die Gesamtrechnung für den Haushalt aus, wenn die Stadt in Baugebiete investiert? Irgendwann müssen die Straßen, die Erschließung und die Infrastruktur saniert oder erneuert werden können. Dafür steht im NKHR die Abschreibung. Damit kommt man dem Thema zumindest etwas näher, dass Neubaugebiete eben keine Goldgruben sind. Vielmehr sind sie für den Stadthaushalt ein fortdauernder Kostenfaktor.

Um die künftigen Kosten besser zu refinanzieren, beantragen wir eine weitere Anpassung der Bauplatzpreise für Einfamilienhäuser an die Marktlage im Jahr 2020. Und wir bitten zu prüfen und im Laufe des Jahres zu berichten, wie sich ein Modell der Bauplatzvergabe in Erbpacht gestalten könnte.

Betrachten wir die Ausgabenseite.

Die Einnahmen reichen nach den vorgelegten Planungen spätestens ab dem Jahr 2022 nicht mehr aus, um die Ausgaben decken zu können. Das kommt einer Katastrophe für eine Kommune mit diesem Schuldenstand nahe. Bei der Aussicht auf neue Schulden erwartet die Verwaltung von den Gemeinderäten, dass sie Vorschläge für Einsparungen bringen. Da sollten

wir aber strukturiert vorgehen. Daher beantragen wir zunächst, dass die Verwaltung die Freiwilligkeitsleistungen und die Pflichtaufgaben darlegt. Das sollte eigentlich bereits im Haushalt entsprechend dargestellt sein. Auf dieser Basis muss die Verwaltung dann mit dem Gemeinderat ins Gespräch kommen. Und wir sollten dann auch ernst nehmen, was das RP uns ins Stammbuch geschrieben hat, nämlich selbst den Pflichtbereich einer kritischen Betrachtung zu unterziehen.

In Zusammenhang mit Freiwilligkeitsleistungen schlagen wir unabhängig davon vor und beantragen, dass ab dem kommenden Jahr keine Eisbahn mehr aufgebaut wird. In diesem Jahr wurde es besonders offensichtlich, dass der Energieaufwand für die Erhaltung einer Eisfläche in Anbetracht des Klimawandels nicht zu rechtfertigen ist. Die Sponsorengelder der Stadtwerke können dann für die Unterstützung der Bäderbetriebe verwendet werden.

Nach der Remstalgartenschau warten wir bereits gespannt auf die Schlussabrechnung. Eine böse Überraschung haben wir mit den unerwarteten Mehrkosten bei den Investitionen ja bereits präsentiert bekommen. Wir bitten daher um eine kurzfristige Information dazu, wann wir die Endabrechnung erwarten können und wie diese wahrscheinlich ausfallen wird. Außerdem mahnen wir die zugesagte Prüfung der Mehrkosten durch das Rechnungsprüfungsamt an!

## **Umwelt und Klima**

Vor kurzem stand zu lesen, dass die Stadtspitze in den Bereichen Wohnen und Gewerbe an einer Entwicklung festhält, die sich an der Nachfrage orientiert. Da muss wohl noch geklärt werden, was das bedeutet. Denn die Orientierung an der Nachfrage ist das falsche Signal, weil Nachfrage nicht unbedingt der tatsächliche Bedarf ist. Aber was ist der Bedarf? Das zu definieren ist sehr schwer. Was braucht es, damit ein Ort nicht zur Seniorenresidenz oder zur reinen Schlafsiedlung wird? Welche innerörtlichen Potenziale sind noch zu heben? Es geht dabei auch um die Lebensfähigkeit von Teilorten. Aber was ist das, Lebensfähigkeit?

Zur Lebensfähigkeit zählt doch auch, dass die endlichen Ressourcen nicht aufgebraucht werden. Deshalb gehört zu den Nachhaltigkeitszielen der ersten Stunde die Eindämmung des Flächenverbrauchs. Die Ziele auf Bundes- und Landesebene sind bekannt. Wir halten es für fatal, dass die Strategien nicht zu Ende gedacht sind. Das würde nämlich bedeuten, dass das Flächenziel für Baden-Württemberg von max. 3 ha pro Tag auf die Kommunen umgelegt werden müsste. Und da treffen wir im Moment auf Granit bzw. Beton. Doch natürlich gilt auch hier, dass die Kommunen der Ort sind, wo die Vorgaben und Ziele umgesetzt werden.

Aus Verantwortung für die kommenden Generationen brauchen wir auch auf lokaler Ebene Ziele zum Flächenverbrauch. Wir beantragen einen Bericht durch die Stadtverwaltung und eine Vorlage über die Ziele und die Strategie zum Flächenverbrauch noch in diesem Jahr. Als Zieljahr soll dabei das Jahr 2030 stehen. Wir schlagen einen Zielwert von Netto Null Hektar vor.

Um mittel- und langfristig eine lebendige Stadt zu erhalten, muss die Stadtentwicklung attraktiv und zukunftsweisend sein. Und das bedeutet nicht, dass das Bauen der

Vergangenheit angehört. Vielmehr muss das Bauen der Zukunft im Bestand oder auf Konversionsflächen erfolgen.

Bevor wieder die Neiddebatte hervorgeholt wird: Auf's Einfamilienhaus für junge Familien muss deshalb nicht verzichtet werden. Davon gibt es nämlich schon sehr viele. Häufig leben darin aber nicht mehr die jungen Familien, sondern die Großelterngeneration, die das Ganze aufgebaut hat. Doch ein Umzug ist für sie aus verschiedenen Gründen nicht vorstellbar. Daher sollte der Fokus nicht auf immer neue Einfamilienhäuser für junge Familien, sondern auf attraktiven Wohnraum für diejenigen gelegt werden, die ihre Immobilie gerne hergeben für eine Wohnung in zentraler Lage ihres Heimatortes mit guter ÖPNV-Anbindung, mit Grün ums Haus herum und den Läden und Einrichtungen des täglichen Bedarfs in fußläufiger Entfernung. Das bedeutet aber auch, dass der städtische Grunderwerb sich weg von potenziellen Baugebieten hin zu Bestandsimmobilien entwickeln muss. Das gleiche gilt auch für Gewerbeimmobilien. Wir beantragen den Ausbau von Anreizen für die Menschen, die ihre Immobilie zum Wohle der nächsten Generationen frühzeitiger abgeben wollen. Wir fordern aber auch den Mut, den Druck auf die Bestandsimmobilienhalter zu erhöhen, siehe Beispiel Tübingen. Lobend erwähnen möchten wir, dass in der Innenstadt inzwischen aktiv an die Gewerbebrachen gegangen wird.

Reden wir übers Klima!

Es ist klar: Die Menschheit muss jetzt handeln, global, europäisch, deutschlandweit und lokal. Unser kommunales Handlungsfeld ist dabei hier, in Schwäbisch Gmünd.

Wir von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen haben im September 2019 ein Papier vorgelegt mit unseren Vorstellungen, was in dieser Wahlperiode an Punkten angegangen werden sollte, um einen globalen Beitrag zum Klimaschutz zu leisten, aber auch um lokal Klimateffekte zu erzielen. Darüber haben wir mit Vertretern aller Fraktionen des Gemeinderats diskutiert. Und ich bin mir sicher: Wir müssen uns über die Wege und politischen Mittel sicher noch intensiv auseinandersetzen. Aber über die grundsätzlichen Ziele herrscht Konsens.

Daher gehen wir davon aus, dass wir mit diesem Gemeinderat in den kommenden 4 Jahren mehr erreichen können, als Sie, Herr Oberbürgermeister in Ihrer Rede angekündigt haben. Der Betrag von 100.000 Euro für Klimaanpassungsmaßnahmen ist ein Hohn im Vergleich zu den 6,5 Mio. Euro für die Erschließung neuer Baugebiete und damit der weiteren Versiegelung der Landschaft. Lassen Sie uns daher endlich und in diesem Jahr entschlossener einsteigen. Wir haben schon zu viel Zeit verstreichen lassen.

Ein Beispiel? Vergangenes Jahr hat der Gemeinderat auf unseren Antrag hin beschlossen, dass die Stadtverwaltung Informationen hinsichtlich klimaneutralem Bauen am Beispiel Waiblingen Bittenfeld aufarbeitet. Vom Ergebnis haben wir noch nichts gehört. Und wieder ist ein Jahr vergangen...

Wir beantragen daher, dass Schwäbisch Gmünd bis 2021 in den Verfahren, über die bereits ein Aufstellungsbeschluss gefasst wurde, oder über die in diesem Jahr ein Aufstellungsbeschluss herbeigeführt werden wird, mindestens eine Sitzung über ein klimaneutrales Baugebiet aufgestellt wird.

Sie haben den Vortrag von Prof. Sobek erwähnt. Er hat uns im Stadtgarten vor Augen geführt, welche enormen Energiemengen bereits verbraucht wurden, bis ein neues Haus steht. Das heißt doch, dass wir noch weiter gehen müssen, als „nur“ ein klimaneutral betriebenes Wohngebiet zu haben. Lassen Sie uns Pioniere in der Region werden und ein Projekt zum CO<sub>2</sub>-neutralen Bauen nach Schwäbisch Gmünd holen.

Weiterhin beantragen wir künftig für alle Neubauten Solaranlagen auf dem Dach verpflichtend zu machen.

Mit dem Gutachten Klimagerechtes Flächenmanagement liegt uns seit vergangenem Jahr endlich eine Grundlage für eine klimaangepasste Planung von Baugebieten vor. Die meisten Flächen sind aus klimatischer Sicht nicht unbedenklich. Wir haben nun eine Grundlage, die nicht ignoriert werden kann. Und wir werden sicher noch über die Nutzung und Umsetzung des Gutachtens streiten – und das ist gut so.

Zur Klimafolgenmilderung und als Klimaausgleich sind in der Stadt und den Teilorten zunehmend natürliche und technische Maßnahmen notwendig. Das Grün im Siedlungsbereich sorgt für Ausgleich, Luftfilterung und Sauerstoff. Daher müssen die Bäume und Sträucher in der Stadt zunehmen. Wir beantragen daher die Neu- und Wiederanpflanzung von geeigneten Bäumen auf dem Marktplatz und dem Johannisplatz.

Außerdem hat sich ja mittlerweile herumgesprochen, dass Schottergärten zur Aufheizung des Kleinklimas beitragen. Daher sind sie aus den Privat- und den öffentlichen Gärten und Anlagen zu verbannen. In Neubaugebieten kann das über die Bauvorschriften vorgegeben werden. Besser und breiter in der Wirkung ist dagegen eine gesamtstädtische Grünordnungssatzung, die wir beantragen. Darin muss zum Beispiel auch der Erhalt wertvoller Bäume geregelt werden. So wie im Zeppelinweg darf es nicht mehr laufen.

Seit der Gartenschau nehmen in der Stadt die Trinkbrunnen zu. Sie sind in der Hitze des Sommers eine Oase an Spielplätzen oder anderen öffentlichen Orten. Wir freuen uns darüber und ermutigen die Stadtverwaltung, in Kooperation mit den Stadtwerken und weiteren möglichen Sponsoren das Netz der Trinkbrunnen weiter auszubauen. Dabei sollen auch die Teilorte nicht ausgespart bleiben.

Nach der Kommunalwahl haben Sie, Herr OB einen Klimarat angekündigt. Herausgekommen ist eine wunderschöne Vortragsveranstaltung, die bereits einmal stattgefunden hat. Der Vortrag über Energie- und Ressourceneinsatz beim Bauen schreit förmlich nach einem Handeln. Das Fazit von Ihnen, Herr Mihm nach dem Vortrag hörte sich aber an, wie wenn die Botschaft nicht angekommen wäre. Wenn der Klimarat als Ratschlag gedacht ist, dann erwarten wir, dass der Ratschlag auch aufgenommen wird. Um weiterzukommen muss VIEL mehr passieren als ein Baden im Schaum akademischer Vorträge.

Wir beantragen einerseits die Vortragsreihe zu Klimathemen fortzusetzen, und andererseits in einem echten Klimarat die Maximen und Leitlinien für das lokale Handeln zu beraten und den Gremien zur Entscheidung vorzulegen. Dann ergibt der Klimarat einen Sinn.

## **Mobilität**

Gestern haben wir zusammen mit den Fraktionen SPD, Die Linke, Freie Wähler Frauen, der Bürgerliste und F.D.P./FW einen Antrag vorgelegt, der die Altstadt von Schwäbisch Gmünd weiter aufwerten und noch attraktiver machen soll. Diesen Antrag möchte ich hier nicht referieren. Nur so viel: Mit den Maßnahmen im Antrag „Lebenswerte Altstadt“ können wir vor allem auch in Bezug auf die Wohnqualität und die Mobilität einen Quantensprung machen.

Durch den Lärmaktionsplan haben wir eine gute Vorlage für die weitgehende Ausweisung von Tempo 30 bzw. 40 in der Stadt, was auch die kostengünstigste Maßnahme für weniger Lärm ist. Tempo 30 erlaubt uns auch eine schmalere Fahrbahn und somit Platz z.B. für Radschutzstreifen.

## **Tierschutz**

Neben den großen Themen fallen die kleinen Themen gerne mal hinten runter. Daher wollen wir die Stellungnahme zum Haushalt in diesem Jahr bewusst auch für ein vermeintlich kleines Thema nutzen: Für den Tierschutz. Dazu haben wir zwei Anträge. Erstens: Wir beantragen ein Verbot für das Mitführen von Wildtieren in den Zirkussen, die auf dem Stadtgebiet ihre Zelte aufschlagen. Mehr als 20 Staaten der EU haben bereits ein generelles Wildtierverbot in Zirkussen. Die Haltung von wildlebenden Tieren in Wanderzirkussen ist in keinem Fall artgerecht.

Zweitens: Wir beantragen eine Chip-, Registrier- und Kastrierpflicht für Katzen, die sich auch außerhalb der Wohnung ihres Halters bewegen. Damit soll der unkontrollierten Vermehrung ein Riegel vorgeschoben werden. Außerdem werden tausende Singvogel Eltern es uns danken, wenn sie künftig wieder eine bessere Chance haben ihre Brut durchzubringen.

## **Naturschutz**

Das Volksbegehren „Rettet die Bienen“ hat das Thema Biodiversität noch stärker in den Fokus gerückt. Die Bewahrung der Schöpfung halten wir für eine unstrittige Daueraufgabe. Dennoch werden immer wieder – bewusst und unbewusst – kontraproduktive Maßnahmen durchgeführt. Mit etwas mehr Lockerheit und Zurückhaltung könnte den Pflanzen und Tieren in Gärten, im öffentlichen Grün und in der freien Landschaft viel Gutes getan werden. Mäharbeiten entlang von Wegen sollten unter dem Aspekt des Insektenschutzes beispielsweise zurückhaltender erfolgen, die Bewahrung und Entwicklung von Blühstreifen, Krautsäumen usw. sollte Aufgabe und Ziel des Bauhofs und der Grünpflegeunternehmen sein. Daher bitten wir um einen Bericht über die Pflege- und Mähkonzeption des Bauhofs. Falls eine solche nicht vorliegt oder nicht unter dem Aspekt des Biodiversitätsschutzes weiterentwickelt wurde, so beantragen wir dies.

Wir beantragen eine Steuer auf Einweggeschirr nach dem Tübinger Modell. Dazu soll der weitere Verlauf der Einführung in Tü beobachtet werden. Sobald die Umsetzung erfolgt und über mögliche Normenkontrollklagen o.ä. entschieden wurde, übernimmt Schwäbisch Gmünd die rechtssichere Umsetzung.

## Soziales

Schwäbisch Gmünd tickt sozial. Wir werden immer wieder als Vorbild in Sachen Integration genannt. Wir sind mit wenigen anderen Städten und Gemeinden Deutschlands Modellstadt im Netzwerk Kommune inklusiv der Aktion Mensch. Auch viele andere Projekte und Eigeninitiativen wie die Wohnrauminitiative sind Bestandteil unserer sozialpolitischen Identität. Damit gehen wir oft über die kommunalen Pflichtaufgaben hinaus. Wir stehen also auch hier vor dem Diktum der Überprüfung von Freiwilligkeitsleistungen. Wir sagen aber: Die letzten Freiwilligkeitsleistungen, die wir in Frage stellen sollten, sind diejenigen, die den gesellschaftlichen Zusammenhalt wahren und fördern. Und da stehen die Leistungen und das Engagement im Sozialbereich an erster Stelle.

Wir glauben, dass dieses Engagement in Schwäbisch Gmünd auch dazu beiträgt, dass wir trotz der aktuellen Herausforderungen und des politischen Trends zum Populismus und zu vor allem rechten Extremhaltungen bislang kein Erstarken rechter Parteien und Gruppierungen gesehen haben. Das heißt aber nicht, dass wir immun sind und bleiben. Deshalb gilt es, dem Rechtsdrill und dem Rechtsextremismus weiter den Wind aus den Segeln zu nehmen. Mit unserer Charta der Gemeinsamkeiten haben wir ein starkes Zeichen gesetzt. Die Charta müssen wir täglich mit Leben füllen, die Stadtverwaltung und vor allem auch wir alle. Aber wir sollten auch weitere Zeichen setzen. Daher schlagen wir die Unterzeichnung des Aufrufs „Für Solidarität und Vielfalt – Deine Stimme gegen Rechts!“ durch Sie, Herr Oberbürgermeister als Vertretung für die Stadt Schwäbisch Gmünd vor.

Ein wesentliches Übel, an dem das Fischen der rechten Parteien und Gruppierungen ansetzt, sind Rassismus und Diskriminierung. Dagegen muss schon in der Erziehung angesetzt werden. Seit vielen Jahren gibt es die Aktion „Schulen ohne Rassismus – Schulen mit Courage“. Aus Schwäbisch Gmünd haben bislang nur vier Schulen die Auszeichnung durch die Auseinandersetzung mit dem Thema Rassismus erhalten, davon nur zwei städtische. Wir bitten daher die Verantwortlichen der Schulen und der Stadt, die Schülerinnen und Schüler zu informieren und zu bestärken an der Aktion teilzunehmen.

Angebote zur Beratung, Prävention und Information gegen Rassismus und gegen rechte Gewalt gibt es einige. Zu nennen ist vor allem das Demokratiezentrum Baden-Württemberg mit seiner Regionalstelle in Göppingen und der regionalen Beratungsstelle beim Kreisjugendring. Wir beantragen einen Bericht darüber, inwiefern die Schulen in städtischer Trägerschaft sich bereits mit diesen oder anderen Beratungseinrichtungen mit den Themen Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und rechter Gewalt auseinander setzen und wie sie vorhaben im Rahmen ihres Unterrichts und von Projekten darauf einzugehen. Wir bitten darüber hinaus die Schulen in freier Trägerschaft in den Bericht einzubeziehen.

Vor einigen Wochen konnten einige Eltern im Gemeinderat ihre Kritik an den KiTa-Gebühren darlegen. Das Fazit aus der Erörterung war, dass eine höhere Deckung der KiTa-Gebühren aus städtischen Mitteln zugunsten der Elternbeiträge kaum finanzierbar ist. Das bestätigt sich angesichts des vorgelegten Haushalts. Allerdings blieben einige Anregungen und die Zusage der Stadt das Gebührensystem nochmals zu prüfen. Wir beantragen daher einen Bericht bis zur Sommerpause über die Ergebnisse dieser Prüfung unter Berücksichtigung einer einkommensabhängigen Gebührenstaffelung und der Berücksichtigung der familiären

Situation, beispielsweise durch eine Bevorzugung von Alleinerziehenden, die ansonsten nur eingeschränkte Möglichkeit haben zu arbeiten.

Letztlich bleibt aber festzuhalten, dass im Kindergartenbereich eine Konkurrenz zwischen der Finanzierung der bestehenden Plätze und dem Ausbau der Betreuung besteht. Und dass die Nachfrage nach Betreuungsplätzen weiter steigt. Daher müssen wir weiter ausbauen. Für uns geht die Versorgung mit Betreuungsplätzen vor der Absenkung von Gebühren.

Vorhin habe ich bereits den Prozess Kommune inklusiv angesprochen. Zur Inklusion gehört auch die Barrierefreiheit. Seit dem Tod von Don Bernardo fehlt in Schwäbisch Gmünd eine laute Stimme, die entsprechende Missstände, Planungs- und Baufehler anprangert, wo Menschen mit Behinderungen an Barrieren stoßen. Solche Barrieren gibt es genauso für ältere Menschen mit Gehhilfen oder Eltern mit Kinderwagen. Aus unserer Sicht muss noch konsequenter bei der Durchgängigkeit von Wegen für Fußgänger auf Barrierefreiheit geachtet werden, vor allem auch bei Sanierungsmaßnahmen. Überall, wo Randsteine nicht absolut notwendig sind, sollte darauf verzichtet werden. Und der Kommunale Ordnungsdienst muss auch den Aspekt der Barrierefreiheit im Blick haben, z.B. wenn die Gehwege auch in Wohngebieten durch parkende Autos unpassierbar verengt werden.

Noch ein paar abschließende Worte zur Gesundheitsprävention. Hier wünschen wir uns, dass die Stadt dort, wo sie Einfluss hat, aktiv wird. Ein Beispiel ist das Rauchen. Wir machen keine Nichtraucherschutzgesetze. Aber wir können einen Beitrag gegen das Rauchen leisten. Das Tabakwerbeverbot wurde letzten Dezember endlich im Bundestag beschlossen. Es dauert aber noch Jahre, bis das Verbot tatsächlich in Kraft tritt. Deshalb beantragen wir, dass die Stadt Schwäbisch Gmünd überall dort, wo sie Standorte für Werbeflächen zur Verfügung stellt, das Verbot für Tabakwerbung und e-Zigaretten sofort umsetzt. Außer der Gesundheit profitiert auch die Umwelt, wenn weniger geraucht wird. Immerhin rettet jede nicht weggeworfene Kippe 20 Liter Grundwasser vor der Verschmutzung. Aus diesem Grund beantragen wir auch, dass beim Aufstellen oder Austauschen von Mülleimern an Bushaltestellen solche gewählt werden, die eigene Ascher haben. Begleitet werden soll das mit einer Positivkampagne, zum Beispiel unter dem Motto „Kippe rein, 20 Liter Wasser gerettet“.

Lassen Sie mich am Schluss nochmal den Bezug zum Anfang, der düsteren Haushaltslage kommen. Das Motto der kommenden Jahre darf nicht heißen: Ist der Ruf erst ruiniert, lebt sich's gänzlich ungeniert. Vielmehr sollten die kommenden mageren Jahre unseren Gestaltungswillen besonders herausfordern. Jetzt wird die Zukunft entschieden, und die liegt in der Besinnung auf Nachhaltigkeit. Nur damit können wir unsere Stadt und die Stadtgesellschaft langfristig gestalten.